



Berlin. Reklamedeputation der Aeltesten der Kaufmannschaft. Wir berichteten im Septemberheft des vorigen Jahres (Seite 229) von der durch die Aeltesten der Kaufmannschaft von Berlin unter obigem Namen im Juli 1914 eingesetzten ständigen Deputation der Reklameinteressenten. Der plötzliche Ausbruch des Krieges hinderte den Ausschuss an seiner Konstituierung. Nachdem jetzt die in den ersten Monaten hervorgetretenen wirtschaftlichen Besorgnisse zum Teil überwunden sind, und das geschäftliche Leben sich wieder in erfreulicher Weise überall regt, beschloss das Aeltestenkollegium, um die Bestrebungen, die wirtschaftliche Kraft Deutschlands aufrecht zu erhalten, überall zu unterstützen, die Einberufung bestimmter Korporationen, Verbände und Einzelfirmen zu einer Konstituierung des Reklameausschusses einzuladen. Die Sitzung fand am Montag, den 21. Dezember im Plenarsitzungssaale des Aeltestenkollegiums statt. Geladen waren ausser Delegierten des Aeltestenkollegiums Vertreter künstlerischer und ästhetischer Interessen, Reklameverbraucher und Reklameveranstalter (Reklamefachleute). Unter den 38 Mitgliedern, die eine Einladung erhalten hatten, befand sich auch der Verein der Plakatsfreunde, der durch unsern Vorsitzenden, Dr. Hans Sachs, vertreten wurde. In der Begrüssungsansprache betonte der Vorsitzende, Präsident Dr. Kämpf, die Wichtigkeit der Reklame für unser ganzes Wirtschaftsleben, die besonders dazu geeignet sei, gerade in diesen schweren Zeiten zielbewusst die Wege zu ebnet, damit später, nach Friedensschluss, das wirtschaftliche Leben sich um so glatter abwickeln könne. Er betonte, dass aber nicht allein Vertreter der Wirtschaftspolitik ein hohes Interesse an der Reklame hätten, dass auch Künstler, Heimatschutzbündler usw. ein freilich oft entgegengesetztes Interesse an ihr hätten. Zweck des Ausschusses sei, diese Interessen zu vereinigen und eine gegenseitige Verständigung anzubahnen. Er schlug im Namen des Aeltestenkollegiums den Geheimen Staatsrat a. D. Budde als Vorsitzenden, Prof. Max Liebermann, den Vertreter der königlichen Akademie der Künste, zum ersten, und Herrn Oskar Tietz, den Vertreter des Verbandes der Waren- und Kaufhäuser, zum zweiten stellvertretenden Vorsitzenden vor. Da sich die Versammlung hiermit einverstanden erklärte, übernahm Geh. Staatsrat a. D. Budde den Vorsitz und beleuchtete in einer Ansprache noch genau die verschiedenen Arbeitsgebiete, die der Reklamedeputation bevorständen. Er zeigte, wie mit dem Wandern der Reklame aus dem einfachen Werbekatalog in die Aussenwelt, an die Säule, ins Schaufenster, in die Lichttechnik, ja sogar in die Luft der Kreis der an ihr Interessierten sich ständig erweitere, indem Produzenten und Verbraucher auf der einen, das Publikum auf der anderen Seite sich gegenüber ständen. Eine besondere Gesetzgebung fehle zwar der Reklame, ausser etwa den Gesetzen über Heimatschutz oder den Ortsstatuten zur Erhaltung des Strassenbildes, und doch habe sie Gelegenheit, allerorten mit den Gesetzen in Konflikt zu kommen. Hier bedürfe es aber Sachverständiger, und das Ziel der Deputation sei, ein solches Sachverständigenkollegium zu bilden; Gutachten, Schlichtung privater

Streitigkeiten und vor allem Beratung der Behörden fallen in ihren Wirkungskreis; ein wichtiges Gebiet des öffentlichen Lebens könne durch diese Deputation unterstützt werden. Der zu der Sitzung hinzugezogene Vertreter des Polizeipräsidenten, Oberregierungsrat Haasela, begrüßte sodann im Namen seines Chefs die Begründung dieser Deputation mit grösster Genugtuung. Er gab zu, dass die polizeilichen Massnahmen oft schwierige Vorberatungen erheischen, damit sie dem Wachsen der Reklame gerecht werden, betonte aber, dass es durchaus nicht im Sinne seiner Behörde liege, die Strassenreklame unnötig einzudämmen, dass aber den Auswüchsen bewusst und energisch zu Leibe gegangen werden müsse. Nicht die Grösse, sondern die Schönheit des Plakates, so führte der Vertreter des Polizeipräsidenten aus, gewinne auch die Sympathie nicht bloss des Publikums, sondern auch der Polizei. Er versprach, ständig einen Vertreter des Polizeipräsidenten, den Herrn Referendar Dr. Arndt, der schon lange in dieser Abteilung arbeite, zu den Sitzungen der Deputation zu entsenden. In dem daran anknüpfenden Vortrage erörterte Direktor L. Steinthal vom Berliner Maklerverein die Frage, ob eine Wiederaufnahme der Reklame, die zu Beginn des Krieges ganz abgebrochen sei und erst an manchen Stellen wieder aufzuleben beginne, zu empfehlen sei. Er befürwortete warm das zielbewusste Wiederaufnehmen der Reklame mit dem Motto, dass Stillstand Rückschritt sei; doch wurde manche seiner Ansichten in der darauf folgenden lebhaften Diskussion eifrig bekämpft.

Schliesslich beschloss die Versammlung auf Antrag des Syndikus der Aeltesten der Kaufmannschaft, Dr. Croner, einen engeren Arbeitsausschuss aus den 38 Mitgliedern zu wählen, der alle dem Plenum zur Abstimmung und Begutachtung vorzulegenden Arbeiten vorbereitender Natur zu machen haben würde, wie die Geschäfts- und Schiedsgerichtsordnung, Entscheidung über die Gesuche von etwa 20 Bewerbern um Eintritt in die Reklamedeputation, ev. Zuwahlen usw. Die Versammlung beschloss weiter, diesen Arbeitsausschuss so zusammzusetzen, dass neben den drei Vorstandsmitgliedern Budde, Liebermann, Tietz, je 3 Mitglieder der Vertreter künstlerisch-ästhetischer Interessen, der Reklameverbraucher und der Reklameveranstalter vertreten sein sollten. Bei der Wahl, die nicht ganz sturmlos verlief, wurden gewählt 1. Als Vertreter künstlerischer Interessen: Deutscher Werkbund (Hellweg), Verein der Plakatsfreunde E. V. (Dr. Sachs), Zentralstelle für den Fremdenverkehr (A. Willner); 2. Als Vertreter der Reklameverbraucher: Verband der Reklameinteressenten (Justizrat Dr. Gabriel), Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft A.-G. (Behrend), Continental-Kautschuk- und Guttapercha-Compagnie (Holtzheuer). 3. Als Vertreter der Reklameveranstalter: Verein Deutscher Reklamefachleute (Wagner), Verband der Plakatindustriellen (Dr. Wendlandt), Deutsche Verkehrsreklame, G. m. b. H. (Kossodo).

Die für die Sitzung in Aussicht genommene Berichterstattung über das Ortsstatut der Stadt Berlin zum Schutze gegen Verunstaltung vom 16. Dezember 1913 unterblieb wegen der vorgerückten Zeit und wurde zunächst als erste Aufgabe der Zwölfmitgliederkommission am 26. Januar 1915 eingehend durchberaten. Ein Bericht hierüber folgt im Märzheft.

Schliesslich wurde ein Antrag des Vereins der Plakatsfreunde E. V. verlesen, dass diejenigen im Ausschuss vertretenen Vereine und Verbände, die eine eigene Zeitschrift herausgeben, diese regelmässig dem Aeltestenkollegium zusenden, damit die Hefte in den Sitzungen der Deputation ausgelegt werden und zum gegenseitigen Verständnis der recht heterogenen Interessentengruppen beitragen könnten. Der Antrag wurde vom Vorsitzenden, Geh. Staatsrat Budde, mit Dank begrüßt und im Namen der Versammlung angenommen.

Da unser Verein durch den Sitz im Arbeitsausschuss dieser Reklamedeputation mit einer gewichtigen Stimme vertreten ist, so ist zu